

Antrag

der Abgeordneten Bärbel Höhn, Dr. Hermann E. Ott, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Harald Ebner, Bettina Herlitzius, Dr. Anton Hofreiter, Stephan Kühn, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Emissionshandel stärken – Überschüssige Zertifikate vom Markt nehmen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag unterstützt den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Peter Altmaier bei seinen Bemühungen zur Stützung des europäischen Emissionshandels und fordert die Bundesregierung auf, sich für eine vorübergehende Herausnahme von überschüssigen Verschmutzungsrechten aus dem Emissionshandel einzusetzen und einen entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission für ein Backloading zu unterstützen.

Berlin, den 12. Juni 2013

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Der Backloading-Vorschlag der EU-Kommission ist ein erster notwendiger Schritt zur Stützung des europäischen Emissionshandels. Weitere, wie etwa die Anhebung des europäischen Klimaziels für 2020 von derzeit minus 20 auf minus 30 Prozent, sind darüber hinaus notwendig. Auch hierzu hat sich der Bundesumweltminister in seinem „10-Punkte-Programm für eine Energie- und Umweltpolitik mit Ambition und Augenmaß“ (https://secure.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/10_punkte_programm_bf.pdf) bereits bekannt, indem er die Anhebung des europäischen Klimaziels auf 30 Prozent als richtig bezeichnet und feststellt, dass diese Anhebung des Klimaziels von Deutschland unterstützt wird. Scheitert jetzt die Backloading-Initiative, sind solche und weitere notwendige Reformschritte absehbar jedoch vermutlich kaum noch erreichbar.

Das Europäische Parlament und seine Ausschüsse beraten bereits im Juni 2013 erneut über den Backloading-Vorschlag der EU-Kommission und spätestens für Anfang Juli 2013 steht eine erneute Abstimmung an. Aus diesem Grund muss sich der Deutsche Bundestag spätestens Mitte Juni 2013 für die Stützung des europäischen Emissionshandels aussprechen, damit Deutschland sein Gewicht noch in den europäischen Entscheidungsprozess einbringen kann.

Nachdem schon die erste Abstimmung im Europäischen Parlament verlorengegangen ist, kommt es jetzt umso stärker darauf an, dass die Bundesregierung die Vorschläge zur Stützung des europäischen Emissionshandels aktiv unterstützt und im gegenwärtigen europäischen Entscheidungsprozess eine aktive Rolle einnimmt, um das wichtigste europäische Klimaschutzinstrument zu stützen.